



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN!

Das Rennen um die Mehrheit am 22. September ist offen. Lasst Euch nicht von irgendwelchen Umfragen oder der veröffentlichten Meinung erzählen, die Bundestagswahl sei bereits entschieden: Das Wir entscheidet diesen Wahlkampf! Wir alle werden bis zur letzten Minute dafür kämpfen, dass die CDU mit ihrem Schlafwagenwahlkampf scheitern wird. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in den vergangenen vier Jahren nichts angepackt, nichts erreicht und alle politischen Probleme einfach ausgesessen. Und da wagt es Frau Merkel, von „sensationellen Erfolgen“ ihrer Politik zu sprechen. Dabei spüren die Menschen doch, dass etwas aus dem Lot geraten ist in unserem Land. Wir brauchen dringend einen Regierungswechsel, um den politischen Stillstand in Deutschland zu beenden. Unser Ziel ist klar: Wir wollen ein Land, das erfolgreich und stärker ist, weil es sozialer und ge-

rechter zugeht! Wir wollen den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro - die CDU nicht! Wir kümmern uns darum, dass ein langes Arbeitsleben auch zu einer guten Rente führt, von der man leben kann - die CDU nicht! Mit uns gibt es ein gerechtes Steuersystem, bei dem die breiten Schultern in unserem Land mehr beitragen als bisher - mit der CDU nicht! Wir machen weiter Druck im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug - die CDU nicht! Wir werden die Energiewende erfolgreich umsetzen, mit bezahlbaren Energiepreisen für die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch für die energieintensiven Unternehmen in unserem Land - die CDU hat hier versagt! Unter dem Strich heißt das: Die Regierung Steinbrück wird in 100 Tagen mehr stemmen als Merkels schwarz-gelbe Truppe in vier Jahren. Damit Deutschland dauerhaft erfolgreich bleibt - und gerecht regiert wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr alle habt schon jetzt eine Menge bewegt in diesem Wahlkampf. Ich danke Euch herzlich für Euren Einsatz. Jetzt heißt es: Dranbleiben und die gute Stimmung nach dem TV-Duell umwandeln in ein erfolgreiches Wahlergebnis für die SPD! Ihr könnt weiter mithelfen: Sprecht bis zum Wahlsonntag mit Euren Freunden, Nachbarn und Kollegen und überzeugt sie davon, wählen zu gehen. Redet mit ihnen über die Unterschiede zwischen der ungerechten Klientel-Politik von CDU/CSU und FDP und unserem Weg für mehr soziale Gerechtigkeit und Fortschritt in unserem Land. Und ganz wichtig in der heißen Phase: Klinkenputzen! Wir haben uns bundesweit fünf Millionen Hausbesuche vorgenommen. Damit erreichen wir vor allem noch unentschlossene Wählerinnen und Wähler. Das lohnt sich, denn viele entscheiden sich erst in den letzten Tagen und Stunden, manche sogar erst in der Wahlkabine, bei wem sie ihr Kreuz machen. Lasst uns alle in der letzten Woche noch einmal alles geben und gemeinsam kämpfen, damit Peer Steinbrück unser Bundeskanzler wird und wir mit Rot-Grün Deutschland voranbringen können.

Am 22. September - beide Stimmen für die SPD!

Eure Hannelore ■

TERMINHINWEIS: EUROPADELEGIERTENKONFERENZ



Gemäß des Beschlusses des Landesvorstandes wird die Europadelegiertenkonferenz der NRWSPD zur Wahl der Delegierten zur Europawahlkonferenz auf Bundesebene für die Europawahl 2014, für Samstag, den **23. November 2013**, um **13.00 Uhr** in das Konferenzzentrum im RUHRTURM, Huttropstr. 60, 45138 Essen einberufen.

DER ENDSPURT HAT BEGONNEN



Norbert Römer Mdl,
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Viele Genossinnen und Genossen sind erholt aus dem Urlaub zurückgekommen und bestens gerüstet für die letzten, die entscheidenden Wochen des Wahlkampfs. Die Stimmung ist gut, alle wissen worum es geht. Denn wir in Nordrhein-Westfalen wollen den Wechsel in Berlin. Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung schadet unserem Land, Angela Merkel schadet uns in NRW.

Beispiel Bildung: Wir in Nordrhein-Westfalen wollen kein Kind zurücklassen und investieren dafür Milliarden in die Förderung von Familien, Kindern und Bildung. Doch die Aufgabe ist gewaltig. Es müssen hunderttausende Kita-Plätze geschaffen und die Ganztagsbetreuung in den Schulen massiv ausgebaut werden. Was macht Berlin? Erfindet die Herdprämie. Das ist Familien- und Bildungspolitik aus dem vorigen Jahrhundert.

Beispiel Energiewende: Sie ist für NRW von zentraler Bedeutung. Wir sind das Energieland Nummer 1. Die großen Um-

wälzungen, die gerade stattfinden, haben hier konkrete Auswirkungen. Mit dem krassen Missmanagement bei der Gestaltung der Energiewende gefährdet die Regierung Merkel hier massiv Arbeitsplätze. Schwarz-Gelb hat keinen Plan. Noch nicht einmal die Zuständigkeiten sind geklärt. Umweltminister Altmaier und Wirtschaftsminister Rösler bekämpfen sich in der Sache, und die Kanzlerin schaut zu.

Beispiel Verkehr: Immer häufiger müssen in NRW Autobahnbrücken für den Schwerlastverkehr entweder ganz oder teilweise gesperrt werden. Die Infrastruktur bröckelt. Auch beim Öffentlichen Nahverkehr wird unser Bundesland krass benachteiligt. Mindestens 1,5 Milliarden Euro stehen uns zu. Die Regierung Merkel überweist aber 400 Millionen Euro zu wenig. Dieses Geld fehlt, um den Millionen Pendlern jeden Tag ein besseres Angebot zu machen.

Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen unter einem ungeheuren finanziellen Druck, sie müssen Bäder schließen und Gebühren erhöhen. Die Landesregierung hilft den Städten und Gemeinden mit 3,5 Milliarden Euro. Nun ist der Bund an der Reihe: Er muss seinen gerechten Anteil an der Finanzierung der Soziallasten der Kommunen übernehmen. Aber die Sorgen der Städte spielen in Berlin keine Rolle.

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, warum wir in Nordrhein-Westfalen den Wechsel in Berlin brauchen. Wir in NRW haben es vorgemacht: Rot-Grün kann Mehrheiten erringen. Deshalb setzen wir auf Sieg und kämpfen für Rot-Grün im Bund. ■

BÜRGERRECHTE UND SOZIALE GERECHTIGKEIT UNVERZICHTBARE GRUNDLAGEN FÜR UNSERE DEMOKRATIE BUNDESTAGSWAHL AM 22. SEPTEMBER 2013 – EIN SIGNAL FÜR EUROPA

Ein Beitrag der SPD-MdEPs aus NRW

Zugegeben – die Bedeutung der Debatte um Datenschutz und Spionage erschließt sich angesichts zahlreicher existentieller Herausforderungen nicht immer auf den ersten Blick. Und doch geht es hier um die Grundlage demokratischer, freier und offener Gesellschaften.

„Ich hab doch nichts zu verbergen.“ – eine häufige erste Reaktion, wenn es um Datenschutz, Datenkandale und massenhafte Datensammlungen durch Unternehmen, Regierungen und Geheimdienste geht. Doch ob Verbindungsdaten oder Inhalte von Kommunikation – wer viele Daten abgreift, kann Profile erstellen, Meinungen beeinflussen, Wirtschaftsspionage betreiben und sich Vorteile bei internationalen



Verhandlungen verschaffen. Privatsphäre, freie Meinungsäußerung und andere Bürgerrechte sind gefährdet. Reaktion der Bundesregierung? Innenminister Friedrich fliegt nach Washington und lässt sich mit bloßen Behauptungen, alles sei in Ordnung, abspesen. Herr Pofalla erklärt den Skandal prompt für beendet.

Ersatzweise forderten CDU-Politiker einen umfassenden Datenschutz, möglichst global. Tatsächlich könnte die EU Maßstäbe setzen. Seit etwa einem Jahr wird ein Vorschlag für eine europäische Datenschutzverordnung beraten. In Rat und Parlament verhindert die CDU dabei jedoch effektiven Datenschutz und Schutz der Bürgerrechte. Diese Haltung wird sich wohl auch nicht ändern. Denn mit der Erklärung, der Skandal sei beendet, ist auch die Debatte um wirkungsvollen Datenschutz bei der CDU beendet. Massenhafte Datensammlungen – alles für den Kampf gegen

Terrorismus? Unabhängig von PRISM sammeln die USA seit Jahren ungezählte Daten. Weder die Anschläge vom 11. September 2001 noch die Attentate von Boston konnten damit verhindert werden: der Nutzen für Ermittlungen in der EU ist ebenfalls mehr als zweifelhaft. Trotzdem fordert Herr Friedrich die Sammlung europäischer Fluggastdaten. Das kostet Millionen, schränkt Freiheitsrechte ein und der Nutzen bleibt umstritten.

Nicht besser sieht es aus bei der Frage nach sozialer Sicherheit, nach einer gerechten Lastenverteilung. Eine Finanztransaktionssteuer wurde von der Regierung Merkel mit dem Argument „wir brauchen eine globale Lösung“ verzögert. Der jetzt vorliegende Vorschlag ist ein Minimalkompromiss und noch längst nicht umgesetzt. Aktuell verweigert Schwarz-Gelb konkrete Schritte zur Bekämpfung von Steuerbetrug/Steuervermeidung. Die Strategie ist immer gleich. National werden verbale Nebelkerzen geworfen, in Europa wird kräftig gebremst oder gar gegengesteuert. Gleiches erleben wir bei Themen wie Innovation, Energie, Mindestlohn, Bildung und Qualifizierung, sichere Renten oder bezahlbarer Wohnraum. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer – mit Schwarz-Gelb geht dieser Prozess in Deutschland und auch in Europa rasant weiter. Und: Längst wird Deutschland mit dieser Regierung nicht mehr als Motor Europas anerkannt.

Mit der Wahl von Peer Steinbrück und der SPD können wir das wieder ändern. Für eine gute Zukunft in Deutschland – und für uns alle in Europa. ■

COMPUTERSPIELE SPD HAT NEUE ENTWICKLUNGEN IM BLICK

So sieht wahre Leidenschaft aus. Vor den Ständen auf der gamescom-Messe bilden sich große Mensentrauben. Für fünf Minuten Zeit mit ihrem Lieblingsspiel nehmen die Besucher mehrere Stunden Wartezeit in Kauf. Die weltweit größte Messe für interaktive Spiele lockte im August an fünf Tagen über 340.000 Besucher nach Köln. Ausverkauft. Sonst wären auch noch mehr Interessierte gekommen und hätten die neusten Spiele und Konsolen getestet. Vier von fünf Kindern und Jugendlichen in Deutschland spielen Computerspiele. Diese Tatsache verpflichtet die Politik, sich mit den Chancen, der wirtschaftlichen Bedeutung und auch den Risiken von Computerspielen auseinander zu setzen.

Wirtschaftlich bieten Computer- und Videospiele großes Potential. Viele der 150 deutschen Unternehmen sowie der 10.000 Beschäftigten der Branche sind in NRW ansässig und machen es zum umsatzstärksten Bundesland. Um weitere Arbeitsplätze zu schaffen und Innovatio-

nen voranzutreiben, fördert die Film- und Medienstiftung in NRW neben TV- und Kinofilmen auch die Entwicklung von Computerspielen. Dies ist aus kultureller und wirtschaftlicher Sicht sinnvoll und stärkt den Standort NRW. Genau diese Förderung ist gefährdet. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP setzt diese Möglichkeiten durch das EU-Freihandelsabkommen mit den USA aufs Spiel. Die in Europa gängige Förderung von Kultur ist in den USA nicht üblich. Eine Angleichung an die amerikanische, den wirtschaftlichen Aspekt betonende Sichtweise, würde unsere Förderlandschaft vernichten. Die SPD setzt sich klar dafür ein, dass kulturelle Güter erhalten und weiter gefördert werden können.

Die junge Generation wächst mit einer neuen Form der Mediennutzung heran. Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen im Umgang mit Computerspielen hat die SPD daher ebenso im Blick. In NRW läuft das Projekt Medienpass seit 2012 sehr erfolgreich. Diese von



Alexander Vogt Mdl, medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

der SPD-geführten Landesregierung gestartete Initiative setzt schon in der Grundschule an. Ziel ist es, den Umgang mit Medien zu vermitteln und für Chancen und Risiken zu sensibilisieren. Auch hier gilt es, kein Kind zurückzulassen. ■

DIE NRWSPD GRATULIERT IM OKTOBER ...

... ZUM GEBURTSTAG

- 104 Jahre:** Waldtraut Steimle
99 Jahre: Meta Hoffmann
98 Jahre: Andreas Wilhelm
96 Jahre: Wilhelm Nierstenhöfer
 Heinrich Schützendorf
95 Jahre: Elgin Godlewsky
 Alfred Manns
 Theo Rasehorn
 Wilhelmine Scheffler
 Walter Schöps
 Alice Schulte

... ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 65 Jahre:** Kläre Schnorbus
60 Jahre: Heinrich Heil
55 Jahre: Helmut Barth
 Klaus Bölling
 Hans Bongard
 Alfred Fleuren
 Heinrich Hufer
 Heinz Hutmacher
 Werner Kennchen
50 Jahre: Ruth Bollmann
 Anni Brandt-Elsweier
 Georg Flink
 Manfred Frommenkord
 Horst Kampmeier
 Rudolf Kleine-Weber
 Harald Kowallek
 Siegfried Meiner
 Elke Przygoda
 Hans-Ludwig Reinartz
 Franz-Josef Thienpont
 Diethelm von Legat
 Hans Dieter Wagner

IMPRESSUM

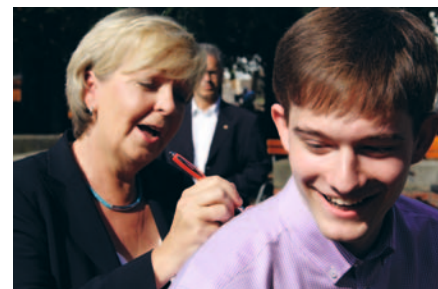
HERAUSGEBER: André Stinka,
 SPD-Landesverband NRW,
 Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
REDAKTION: Marcel Atoui
 Christian Obrok
E-MAIL: vorwaerts@nrwspd.de
INTERNET: www.nrwspd.de

WAHLKAMPFENDSPURT IN NORDRHEIN-WESTFALEN: ES GEHT UM JEDE STIMME!



Von wegen inhaltstleerer und langweiliger

Wahlkampf. Spätestens seit dem TV-Duell am Ende der Sommerferien ist die heiße Phase endgültig eingeläutet. Das spürt man: Im Gespräch mit der Familie, mit Nachbarn, Freunden und nicht zuletzt im Straßenwahlkampf beim Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Mittendrin: Unsere Landesvorsitzende Hannelore Kraft. Mehr als 140 Termine macht sie im Wahlkampfendspurt in diesen Wochen und hat schon jetzt mehr als 1000 Hausbesuche absolviert. Natürlich die meisten davon bei uns in NRW. Ostwestfalen-Lippe hat sie schon besucht, das Westliche Westfalen und die Region Mittelrhein. In der kommenden Woche wird sie vor allem am Niederrhein um Stimmen für die SPD werben. Aber auch in Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und im Osten der Republik ist Hannelore unterwegs gewesen, um die Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort zu unterstützen. Und das lohnt sich. Die Menschen sind überall im Land aufgeschlossen und offen für unsere Themen. In den Gesprächen auf den Plätzen oder



im Tür-zu-Tür-Wahlkampf merkt man, dass sich die Bürgerinnen und Bürger weder für Umfragewerte interessieren noch für irgendwelche Koalitionsspielen. Sie haben ganz konkrete Fragen und wollen wissen, wie es weitergeht beim Ausbau der Kinderbetreuung und mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ältere Menschen stellen Fragen zur Rente oder wollen wissen, wann endlich eine vernünftige Pflegereform kommt. Junge Menschen wollen sich nicht von Zeitvertrag zu Zeitvertrag hangeln, sondern endlich Sicherheit und einen unbefristeten Arbeitsplatz. Eine Frisörin in Thüringen erzählt, dass sie als Alleinerziehende mit einem Stundenlohn von nur knapp über vier Euro auskommen muss: Eine Ungerechtigkeit, die eine SPD-geführte Bundesregierung mit dem Bundeskanzler Peer Steinbrück durch die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro direkt nach der Wahl beenden wird. Bis dahin gilt: Wir kämpfen um jede Stimme für die SPD und schicken am 22. September die schwarz-gelbe Chaos-Truppe in Berlin endlich in Rente! ■



Die NRWSPD geht mit starken Kandidatinnen in die anstehende Bundestagswahl. Auf den Internetseiten von spd-fem.net stellen sie sich vor und verraten unter anderem, was sie politisch geprägt hat, warum sie sich in der SPD engagieren und wie sie das Land nach dem 22. September gerecht nach vorn bringen wollen.



Die Profile unserer Kandidatinnen im spd-fem.net findest Du unter:
www.spd-fem.net/nrw-damenwahl